Ausländerbeirat / Integrationsbeirat

der Stadt / des Landkreises …………………….

**Einführung des Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-Staatsbürger**

**Beschlussnummer: XX**

Beschluss der Mitgliederversammlung vom …

**I. Antrag**

Der Ausländerbeirat / Integrationsbeirat fordert den Stadtrat …………………… auf, sich wie andere Kommunen, mit einem Stadtratsbeschluss bzw. einer Resolution für die Einführung des Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-Staatsbürger\_innen einzusetzen.

Der Ausländerbeirat / Integrationsbeirat fordert den Oberbürgermeister / die Oberbürgermeisterin / den Landrat / die Landrätin und die Mitglieder des Stadtrates / Landrates dazu auf, die Mandatsträger ihrer Parteien auf Landes- und Bundesebene anzusprechen, damit sie sich ebenfalls für die Einführung des kommunalen Wahlrechts einsetzen.

Des Weiteren fordert der Ausländerbeirat / Integrationsbeirat den Oberbürgermeister / die Oberbürgermeisterin / den Landrat / die Landrätin und die Mitglieder des Stadtrates / Landrates dazu auf, sich landes- und bundesweit, in allen relevanten Gremien (z.B. kommunalen Spitzenverbänden) für die Einführung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen.

**II. Begründung**

In 15 von 28 EU-Ländern haben auch Drittstaatsangehörige das kommunale Wahlrecht. Leider ist das in Deutschland nicht der Fall.

Bei den Kommunalwahlen in Deutschland haben außer den deutschen Staatsangehörigen bisher nur die Bürger\_innen der Europäischen Union aktives und passives Wahlrecht.
4,6 Millionen Einwohner\_innen mit einem anderen Pass aus Nicht-EU-Staaten, sogenannte Drittstaatsangehörige, sind von diesem demokratischen Recht ausgeschlossen. In unserer Stadt / in unserer Gemeinde / in unserem Landkreis sind XXX Menschen betroffen, denen dieses demokratische Grundrecht versagt wird.

Es ist mit den Grundsätzen eines demokratischen Rechtsstaates unvereinbar, dass Menschen, die seit Jahren in Deutschland leben und alle ihnen möglichen staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, bei Kommunalwahlen zu einer Zuschauerrolle verurteilt werden.

Es ist für die Integration und für die künftige demokratische Entwicklung auch in unseren Kommunen wichtig, dass alle Bewohner\_innen bei den Entscheidungen, die ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen, ein Mitspracherecht haben.

Unser Beirat setzt sich dafür ein, dass alle Einwohner\_innen über die Politik unserer Kommune mitbestimmen. Wir wollen die Partizipation von Migrant\_innen und damit die Demokratie stärken! Hierfür wollen wir Politik und Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung aufmerksam machen.

Deshalb unterstützen wir die Kampagne der AGABY „Demokratie braucht jede Stimme! Kommunales Wahlrecht für ALLE!“. Die Kampagne wird von einem breiten Bündnis von zahlreichen Integrationsbeiräte Bayerns, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Migrantenorganisationen und Fachleuten unterstützt.

Ausführliche Informationen finden Sie auf der Internetseite: [www.demokratie.agaby.de](http://www.demokratie.agaby.de)

Die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für ALLE ist nicht neu. Bereits 2009 setzten sich die AGABY und viele Beiräte, Kommunen und Unterstützer in Bayern und anderen Bundesländern für die Einführung ein. Auch jetzt stehen wir nicht allein da. Unsere Kolleg\_innen und Mitbürger\_innen mit und ohne Migrationshintergrund engagieren sich in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen für die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Drittstaatsangehörige.

**III. Einstimmiger Beschluss nach Abstimmung / Beschluss nach Antrag bei XX Gegenstimmen und XX Enthaltungen**

Vorsitzende(r) / Mitglied des Beirates (Initiator)